



4400 Reinigungskräfte bekommen mehr Geld

Lohn-Plus von vier Prozent in der Gebäudereinigung. Auch Azubi-Gehälter steigen

Lohn-Plus in der Gebäudereinigung: Die rund 4400 Reinigungskräfte in Duisburg bekommen nun mehr Geld. Der Einstiegsverdienst in der Branche klettert auf 11,55 Euro pro Stunde – vier Prozent mehr als bisher. Wer als Fachkraft Glasflächen und Fassaden reinigt, kommt ab sofort auf einen Stundenlohn von 14,81 Euro, wie die IG

Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mitteilt.

Die Gebäudereiniger-Gewerkschaft rät den Beschäftigten nun, ihren Lohnzettel genau zu prüfen. „Es handelt sich hierbei um die Mindestlöhne in der Gebäudereinigung. Weniger darf keiner mehr verdienen. Und mit der nächsten Ab-



Foto: IG BAU

rechnung muss das Plus auf dem Konto sein. Ein Lohn-Check lohnt sich also“, sagt Karina Pfau (Foto), Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Wer dennoch leer ausgehe, solle sich an die Gewerkschaft wenden. Anfang 2023 erhöht sich der Einstiegslohn im Gebäudereiniger-

Handwerk erneut – auf dann zwölf Euro pro Stunde (plus 3,9 Prozent). Pfau spricht von einem „wichtigen Schritt heraus aus dem Niedriglohnssektor“. Gute Nachrichten gibt es auch für Nachwuchskräfte: Die Vergütungen für Azubis steigen auf 830 Euro im ersten, 965 Euro im zweiten und 1125 Euro im dritten Ausbildungsjahr.

WAZ DU

2G plus in Restaurants – Gastronomie fordert mehr Hilfen

Künftig brauchen auch doppelt Geimpfte einen negativen Testnachweis. Der Bund will den Wirten unter die Arme greifen

Von Tobias Kislring und Beate Kranz

Berlin. Der Besuch im Café, das Feiernabendbier in der Kneipe oder das Essengehen im Restaurant wird für viele in den kommenden Wochen komplizierter: Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, dass in der Gastronomie künftig die sogenannte 2G-plus-Regel bundesweit und unabhängig von der jeweiligen Inzidenz vor Ort gilt.

Damit müssen sich Genesene und Geimpfte vor dem Restaurantbesuch zusätzlich auf eine Corona-Infektion testen lassen. Ausnahme: Wer bereits dreifach geimpft ist, muss kein negatives Testergebnis vorlegen. Ungeimpfte haben keinen Zutritt zur Gastronomie.

„Das ist eine strenge Regelung. Aber es ist eine notwendige, die dazu beiträgt, dass wir besser vorankommen und dass wir die Infektio-

nen besser kontrollieren können, als das bis jetzt der Fall ist“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Der Hotel- und Gaststättenverband hatte vor dem Bund-Länder-Treffen eindringlich vor einer 2G-plus-Regelung gewarnt. Guido Zeitler, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), begrüßte hingegen die Verschärfung. „Es ist gut, dass es eine einheitliche Regelung gibt und dass das Gastgewerbe nicht komplett in den Lockdown geschickt wird. Die 2G-plus-Regelung bringt zugleich mehr Sicherheit für die Gäste und Beschäftigte“, sagte Zeitler unserer Redaktion. Zugleich sprach sich der Gewerkschaftschef für mehr Hilfen aus. Denn die Einschränkungen würden sich negativ auf die bereits schlechten Umsätze auswirken.

Der Bund greift den betroffenen Wirten, aber auch anderen Unter-



Die Einhaltung der 2G-plus-Regel soll strikt kontrolliert werden. E: DPA

nehmen bereits unter die Arme. Seit Donnerstag können Firmen Hilfszahlungen über die Überbrückungshilfe IV abrufen. Dabei können den Unternehmen bis zu 90 Prozent der Fixkosten, also beispielsweise die Ladenmiete oder die Energiekosten, erstattet werden, wenn sie coronabedingte Umsatzeinbußen vorweisen können. Auf Unverständnis stößt die Deckelung

auf 90 Prozent beim Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW): „Die noch unter Minister Altmaier getroffene Entscheidung wurde mit einer Empfehlung des Bundesrechnungshofes begründet – eine solche Empfehlung ließ sich jedoch auf Nachfrage unseres Verbandes nicht bestätigen“, sagte BVMW-Bundesgeschäftsführer Markus Jerger unserer Redaktion.

Die Bundesregierung selbst rechnet damit, dass bis zu 100.000 Unternehmen von der bis März geltenden Überbrückungshilfe IV Gebrauch machen werden. Im Vergleich zum Vorgängermodell, der Überbrückungshilfe III, besserte sie nach: Künftig können zum Beispiel auch Personalkosten, die für die Kontrolle der 2G-plus-Maßnahmen entstehen, angesetzt werden.

Nur hat die Gastronomie ein Problem, überhaupt noch Personal

zu finden. Mehr als 100.000 Menschen mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit haben seit Beginn der Pandemie dem Gastgewerbe bereits den Rücken gekehrt. „Diese Abstimmung mit den Füßen hängt auch mit den Arbeitsbedingungen, aber vor allem der geringen Bezahlung zusammen“, mahnte NGG-Chef Guido Zeitler.

Neben den Arbeitgebern sieht er Bund und Länder gefordert, mit mehr Hilfen zu unterstützen. So sprach sich der Gewerkschaftschef dafür aus, dass das Kurzarbeitergeld und die Aufstockung auf 80 beziehungsweise 87 Prozent für Haushalte mit Kindern auch über den 31. März 2022 hinaus fortgeführt werden müsse. Da dies für viele Beschäftigte jedoch nicht ausreicht, forderte der Gewerkschaftschef ein „Mindestkurzarbeitergeld“ von mindestens 1200 Euro pro Monat.

WAZ Mantel